

Sonderdruck aus

Wege und Spuren

Verbindungen zwischen
Bildung, Wissenschaft, Kultur,
Geschichte und Politik

Festschrift für
Joachim-Felix Leonhard

Herausgegeben von
Helmut Knüppel, Manfred Osten,
Uwe Rosenbaum, Julius H. Schoeps
und Peter Steinbach



Verlag für Berlin-Brandenburg

Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam

Herausgegeben von Prof. e.h. Wolfgang Hempel
Prof. Dr. Helmut Knüppel
Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Band 10

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-86650-001-3

Die Entscheidung darüber, ob die alte oder neue deutsche Rechtschreibung Anwendung findet, blieb den Autoren überlassen, die auch selbst für Inhalt, Literaturangaben und Quellenzitate verantwortlich zeichnen.

Umschlaggestaltung: Christine Petzak, Berlin
Redaktion und Satz: Dieter Hebig, www.dieter-hebig.de
Druck: Druckhaus NOMOS, Sinzheim

Titelfoto: Karolingische Königshalle beim UNESCO
Weltkulturerbe Kloster Lorsch/Bergstraße
Foto: Dietmar Kalb, Heppenheim/Bergstraße

1. Auflage 2007
© Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin.
www.verlagberlinbrandenburg.de

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Aufgaben und Ziele geschichtlicher Erinnerung – ein Zeugnis vom 25. September 2001

Von Friedrich P. Kahlenberg

Mit einem Symposium verabschiedete die Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Frankfurt am Main und Potsdam, den ausscheidenden Vorstand Joachim-Felix Leonhard am 25. September 2001 im Neubau des DRA in Babelsberg. Leonhard war zum Generalsekretär des Goethe-Instituts ernannt worden, eine Aufgabe, der er sich mit der ihm eigenen Energie zu widmen vorgenommen hatte. In der von Peter-Paul Schneider vorbereiteten Veranstaltung sprachen Uwe Rosenbaum und Botho Brachmann über „Das Programmvermögen des Hörfunks und des Fernsehens als Kulturerbe“ und über „Rundfunkarchive als audiovisuelles Gedächtnis.“ Den Vortrag von Peter Steinbach „Rundfunk als Leitmedium – die Bedeutung der Rundfunkgeschichte für die wissenschaftliche Zeitgeschichte“ verlas Wolfgang Hempel, nachdem Steinbach im Flughafen von Paris gestrandet war und wegen eines Streiks keinen rechtzeitigen Flug nach Berlin erreichen konnte. Nach einer Gesprächsrunde zum Thema „Zeitgeschichte und Gedächtnispolitik“ am frühen Nachmittag folgte die förmliche Verabschiedung Leonhards durch den Intendanten des damaligen Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg, Hansjürgen Rosenbauer, in dessen Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats des DRA.

Zum Abschluss des vormittäglichen Symposiums war ich eingeladen, über „Aufgaben und Ziele geschichtlicher Erinnerung in der Gegenwart“ zu sprechen. Noch unter dem Eindruck der Ereignisse am 11. September 2001 verwarf ich mein ursprüngliches Skript und sprach über einige aktuelle Fragen geschichtlicher Erinnerung, die sich nicht zuletzt im Blick auf die neuen Aufgaben stellten, die Leonhard im Goethe-Institut erwarteten. Während der Vorbereitung dieser Festschrift wurde ich gebeten, die Tonaufzeichnung meiner damaligen Rede zum Abdruck an dieser Stelle freizugeben. Die dagegen sprechenden Argumente liegen auf der Hand, doch überzeugte mich schließlich der Hinweis auf den dokumentarischen Wert meiner damaligen spontanen Äußerung nur zwei Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. So folgt unter Zurückstellung der Bedenken an dieser Stelle die Tonband-Abschrift der kurzen Rede ohne Änderungen, lediglich um die Belege weniger Zitate in den Anmerkungen ergänzt.

«(Anrede) Als ich den Organisatoren dieses Kolloquiums meine Mitwirkung zusagte, geschah dies unter den Bedingungen der Normalität meiner Existenz. Ich wähnte mich im vereinigten Deutschland lebend, das fern von allen Versuchungen zu ‚Sonderwegen‘ seinen Platz in der Wertegemeinschaft des Westens gefunden hat: Partner nicht nur des Sicherheitsbündnisses der NATO, sondern auch ein gewichtiger Faktor im Prozess der europäischen Einigung. Bundespräsident Roman Herzog hatte zum 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, formuliert, Westeuropa sei zwar noch keine Insel der Seligen, wohl aber eine „Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes.“ Und er hatte hinzugefügt: „Wir werden schon alle Hände voll damit zu tun haben, die Insel, auf der zu leben uns vergönnt ist, zu sichern und zu bewahren. Aber es ist auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, sie mit allen Kräften zu erweitern. Die Insel muss größer werden.“¹ Gerne verstand ich diese Mahnung im Blick auf unsere osteuropäischen Nachbarn, deren Mühen um eine Reorientierung nach siebzig Jahren kommunistischer, sowjetischer Herrschaft ich gerade während des letzten Jahrzehnts meiner Dienstzeit zu erleben viele Gelegenheiten hatte. Aber inzwischen erscheint mir die eben bezeichnete Normalität als eine nahezu entrückte „Utopie“. Zu tief haben sich die Bilder von den terroristischen Angriffen auf das World Trade Center in New York, auf das Pentagon in Washington D.C., des Absturzes einer weiteren Maschine in Pennsylvania nicht nur in mein audiovisuelles Gedächtnis eingebrannt. Die sprachlose Ratlosigkeit nach Empfang der Hörfunk-, der Fernsehnachrichten am 11. September weicht bei mir nur schwer. Und ich frage mich, ob denn die Koordinaten meines intendierten Beitrags zu diesem Kolloquium zutreffen. Ich hatte mir vorgenommen, über *Aufgaben und Ziele geschichtlicher Erinnerung in der Gegenwart* zu sprechen. Ich wollte nicht ohne sympathisierenden kritischen Blick nach den institutionellen Trägern fragen. Ich wollte nach den Inhalten der Vermittlung dieser geschichtlichen Erinnerungen Ausschau halten, und ich wollte Konturen der Kultur der Erinnerungen in der Öffentlichkeit zu zeichnen versuchen.²

¹ Roman Herzog, Ansprache zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs beim Staatsakt in Berlin am 8. Mai 1995, in: Bulletin 38, 12. V. 1995, S. 329ff., hier S. 331.

² Zum ursprünglich konzipierten Thema vgl. u. a. meine Beiträge: Denkmal und Museum. Über Möglichkeiten geschichtlicher Erinnerung in der Gegenwart, in: Dank an Ulrich Löber, hrsg. v. Raimund Bardua und Peter Fischer, Koblenz 2001, S. 47–51; Archive, geschichtliche Erinnerung und Öffentlichkeit ... , in: Studien und Quellen. Zs. des Schweizerischen Bundesarchivs 27, Bern usw. 2001, S. 179–201; Vom soziokulturellen Auftrag der Archive zur geschichtlichen Erinnerung in der Gegenwart, in: Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtags in Cottbus, Siegburg 2001, S. 397–408.

Es sind erst vierzehn Tage nach diesem 11. September, und ich muss gestehen, dass ich mit meiner Reorientierung noch nicht zum Punkt gekommen bin. So spreche ich an dieser Stelle nur einzelne Aspekte meines Themas an und verweise im übrigen auf die Gesprächsrunde des Nachmittags.³ Von ihr erhoffe ich mir dann treffendere Aussagen zum Thema, als ich sie hier zu bieten vermag.

Michael Stürmer, Kollege in frühen Mannheimer Jahren, spricht in seinem Leitartikel in *Die Welt* vom 19. September von einem „Geschichtsbruch“, den wir am 11. September erlebt haben.⁴ Er meinte dort: „Im Geschichtsbruch altert die Erfahrung in der Nacht, und die Vergangenheit verliert ihre prognostische Kraft. Das war 1989 so im guten, im hoffenden Sinne. Es ist 2001 so im düsteren, ratlosen Sinne. Die Zukunft erscheint wie der Tunnel am Ende des Lichts. Dabei aber darf es nicht bleiben . . . Es geht um mehr als die Rekonstruktion des Alltags. Es geht um die Zukunft von Vertrauen und Freiheit.“ Sollte dies eine gültige Perspektive sein? Als „Tunnel am Ende des Lichts“ eine Serie der Terrorattentate? So unvorstellbar deren Gewalt der Menschheit bislang auch gewesen ist, muss die sprachlose Ratlosigkeit der Miterlebenden zwingend in Resignation münden? Dürfen wir der Angst um die Folgen für die nächste Zukunft überhaupt noch den Hauch einer Chance einräumen? Ich denke, jeder weiß um seine Verantwortung an seinem Platze, den Blick auf den „Tunnel am Ende des Lichts“ verbietet allein schon die Trauer um die Opfer.

„Erinnerung – ein Warnsystem der Gesellschaft“. Unter diesem Titel hielt Michael Naumann am 28. Januar 2000 eine Rede vor dem *Stockholm International Forum on the Holocaust*, wo er an die im Dezember des Jahres 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Palais Chaillot in Paris verabschiedete *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* und an die *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* erinnerte.⁵ Diese bezeichnete er damals als zwei wegweisende „Denkmäler“, den Opfern des Holocaust gewidmet. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der trotz der von knapp 140 Nationen ratifizierten Konvention gegen den Völkermord seitdem in aller Welt geschehenen Genozide bedauerte Michael Naumann, dass Buchstaben und Geist der Konventionen von 1948 in Politik und Gesellschaft auch der demokratischen Staaten weitgehend unbekannt geblieben sind. Vor dem gleichen

³ An der von Alfred Eichhorn moderierten Gesprächsrunde nahmen Helmut Knüppel, Klaus Neitmann, Hans Helmut Prinzler, Julius H. Schoeps, Dieter Wiedemann und der Vf. teil.

⁴ Stürmer, Michael: Moment der Wahrheit, in: *Die Welt* vom 19. IX. 2001.

⁵ Naumann, Michael: Die schönste Form der Freiheit. Reden und Essays zur Kultur der Nation, Berlin 2001, S. 177–193

Forum schlug er ein internationales ‚Frühwarninstitut‘ vor, um die Öffentlichkeit rechtzeitig über drohende Gefahren zu unterrichten: So plädierte er für die Einrichtung eines unabhängigen *Genozide Watch Institut*, um schon im Vorfeld Entwicklungen zu erkennen, die auf ein Genozidpotential hindeuten. Gegen Schluss seiner Rede meinte er: „Das Vermächtnis des Genozids besetzt unsere Gegenwart mit der zentralen Frage: Was ist die Würde des Menschen, wenn nicht diejenige seines Lebens? Wie ist es vor Anschlägen in Zukunft zu schützen?“⁶

Die Erinnerung als Warnsystem der Gesellschaft setzt voraus die Vermittlung des Wissens um Geschichte in die breite Öffentlichkeit. Wie steht es um das Wissen über die Erklärung der Menschenrechte, über die Konvention gegen Völkermord der Vereinten Nationen und deren Kenntnis in unserem Lande, wie um das Wissen vom Schutz der Menschenrechtsgesetzgebung durch den Europarat? Ich erinnere mich für meine Person nicht, dass Schlüsseldokumente des Völkerrechts je in den Lehrplänen für Schulen in unseren Ländern berücksichtigt worden wären. Aber ich fasse mich auch an die eigene Brust, ich habe Mühe, mich an die Thematisierung übernationalen Rechts im Lehrangebot der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker in meiner Fakultät in der Universität in Mannheim zu erinnern.

Wie aber mögen die Grundsätze, die die Weltgemeinschaft bereits erarbeitet hat, in den weniger wohlhabenden Gesellschaften der Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas vermittelt werden? Was mag an Wissen um internationale Standards des Rechts dort verbreitet sein? Und im Gegenzug: welchen Stellenwert nimmt das Wissen um politisch relevante Wertvorstellungen der mit unserer westlichen Zivilisation konkurrierenden Kulturen, gerade auch der islamisch geprägten Gesellschaften bei uns ein? Habe ich mich als Historiker ausreichend bemüht, neben den Werten unserer westlichen Welt meinen Studenten einen Blick für konkurrierende Kulturen zu vermitteln? Habe ich sie eingeladen, eine Sensibilität für solche Fragestellungen zu entwickeln? Habe ich nicht versäumt, an die wachsende Bedeutung eines Dialogs über Werte in der internationalen Politik mich selbst zu informieren und diese Information dann an meine Studenten weiterzugeben? Was kenne ich von arabischer Literatur? War ich während der Jahre meiner akademischen Lehrtätigkeit nicht voll und ganz blockiert von den Systemvergleichen der internationalen Politik, die sich in der Regel auf die Vereinigten Staaten von Amerika, auf das Vereinigte Königreich, auf die verschiedenen Stadien des politischen Systems

⁶ Ebd., S. 193.

in Frankreich bezogen, habe diese jeweils verglichen mit unserer Verfassungsordnung des Grundgesetzes? War ich nicht fokussiert auf die Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Ideologie auf der Basis der politischen Theorien des Westens, des Okzidents? Habe ich über den Totalitarismusdebatten nicht versäumt, meinen Studenten den Weg zur kritischen Orientierung, zur Auseinandersetzung gerade auch mit religiös-fundamentalistischen Positionen zu bezeichnen, sie zumindest darauf aufmerksam zu machen, dass diese zu kennen sich für uns lohnen dürfte?

Geschichtliche Erinnerung bleibt zu Recht auf unabsehbare Zeit hinaus zu einem wesentlichen Teil geprägt von der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und deren unmittelbaren Voraussetzungen, den imperialistischen Vorstellungen wilhelminischer Machtpolitik, den der Weimarer Reichsverfassung, der ersten Republik fehlenden Demokraten und Patrioten. Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs einschließlich des Holocaust, die deutsche Teilung und die Realität der SED-Diktatur bleiben wichtige Markierungen unserer geschichtlichen Erinnerung, sie schlagen sich auch in der Arbeit der zeitgeschichtlichen Institutionen nieder. In der Historisierung der Bundesrepublik sind wir dem Verfassungspatriotismus verpflichtet, in akribischer Detailtreue haben wir sozialgeschichtliche, rechts- und wirtschaftshistorische, diplomatische, innenpolitische Studien betrieben. Doch bleibt das Defizit, dass wir in der Wahrnehmung der geistigen, der religiösen, kulturellen wie ideologischen Entwicklung der Länder und Gesellschaften des Orients zu wenig offen sind, uns zu wenig engagieren. Zwar sind wir wissenschaftlich kein unbeschriebenes Blatt, aber was haben wir vom Wissen der Orientalisten, der Indologen, Sinologen usw. in die Nachdenklichkeit einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt? Haben wir im öffentlichen Bewusstsein über die uns umgebende entferntere Welt nicht einen erheblichen Nachholbedarf aufgestaut?

Aufgaben und Ziele geschichtlicher Erinnerung in der Gegenwart heißt für mich nach dem schockierenden Erleben des 11. September an erster Stelle nach wie vor, das Wissen um die Werte der westlichen Welt, der Demokratie und deren Entwicklung zu vertiefen und zu popularisieren. Individuelle Verantwortlichkeit schließt gerade auch nach christlichem Glauben die Frage nach der Schuld des Einzelnen ein. Unsere westliche Welt hat viele Dimensionen und Ideale, zentrale Bedeutung kommt der Erinnerung an die Würde des Menschen zu. Die Präambel der Allgemeinen

Erklärung der Menschenrechte von 1948 geht davon aus, dass „die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet.“ Geschichtliche Erinnerung in der Gegenwart setzt das Wissen um die Bedingungen voraus, unter denen solche Formulierungen am Ende des Zweiten Weltkriegs gefunden worden sind. Sie schließt insbesondere ein das Studium der Ursachen von deren Verletzung, den Katastrophen kriegerischer Auseinandersetzungen auch außerhalb Europas und schließlich eine entschiedene Parteinahme für die Umsetzung übernationalen Rechts in unserer politischen Praxis. Aber an zweiter Stelle der Aufgaben und Ziele der geschichtlichen Erinnerung muss ganz unerlässlich der Dialog mit den Wertvorstellungen der mit unserer Zivilisation konkurrierenden Kulturen, Religionen und Gesellschaften gehören. Der Dialog sollte wesentlich intensiver gesucht werden, und eine Debatte über gemeinsame innenpolitische und kulturpolitische Ideale und Aufgaben sollte in der nächsten Zukunft interkontinental geführt werden. Das Bekenntnis zur universellen Geltung der Menschenrechte, der individuellen Freiheitsrechte und die Bekämpfung von Völkermord einte die Weltgemeinschaft bereits am Ende des Zweiten Weltkriegs in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Doch jede neue Generation ist für deren Werte, deren Inhalte neu zu gewinnen, sie vermitteln sich nicht von selbst. Ohne bewusste Bemühung unsererseits verlieren sie an praktischer Wirkung. Ein gemeinsames Engagement gegen terroristische Herausforderungen bedarf eines Grundkonsens über die Werte des eigenen Systems. Die Wurzeln des islamischen Fundamentalismus, mit denen wir augenblicklich konfrontiert sind, reichen, fürchte ich, viel tiefer als es antiamerikanische Emotionen in diesen Tagen in ersten Reaktionen der Betroffenheit anzudeuten scheinen. Aber diese Wurzeln zu kappen, setzt neben unserer aller Aufmerksamkeit auch Initiativen zur Überwindung manifester Probleme voraus. Diese sind vordergründig sozialer Art, tiefer greifen Defizite im Bildungswesen, vor allem die fehlende Bereitschaft zur Wahrnehmung des Anderseins. Wir haben noch immer mit einer schrecklichen Folge von Katastrophen außerhalb unserer westlichen Zivilisation zu tun, ich nenne nur das Genozidpotential in Afrika, und ich frage mich, was wird davon in unseren Medien im Alltag vermittelt? Allenfalls sind es die Meldungen an achter, neunter Stelle in den aktuellen Nachrichten. Wir brauchen vermehrte Informationen, um die Probleme verstehen zu lernen, um nachdrücklicher nach Lösungsmöglichkeiten auch jenseits humanitärer Hilfsaktionen suchen zu können.

So fürchte ich, wir brauchen noch viel Kraft und Geduld, vor allem auch Inspiration, um am Ende des ‚Tunnels‘ wieder Licht zu sehen. Für Ihre neue Tätigkeit, Ihre neue Aufgabe wünsche ich Ihnen aus alter Verbundenheit, lieber Herr Leonhard, Fortune und nicht zuletzt die notwendige Verantwortungsbereitschaft all jener, die über Haushalte befinden. Mögen Sie stets die notwendige sympathisierende und kritische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die Aufgaben des Goethe-Instituts, von Internationes finden. Alles Gute für die Zukunft!»

Fünf Jahre später ist das Geschehen vom 11. September 2001 zum Symbol einer Zeitenwende geworden. Der Kampf gegen den Terrorismus steht seither an oberster Stelle der Agenda der internationalen Gemeinschaft. Allen Teilerfolgen zum Trotz sind die Konflikte im Nahen Osten, zwischen Israel und den Palästinensern, in Afghanistan, im Irak einer dauerhaften Friedensstiftung nicht näher gekommen, nach wie vor fordern sie das Engagement der internationalen Gemeinschaft. Die Regeln des Völkerrechts, die Menschenrechte erleiden immer neue Verletzungen – eine nicht zu unterschätzende Hypothek für die Glaubwürdigkeit der Koalition gegen den Terrorismus. Dessen Gefahrenpotential ist nach wie vor ungebrochen, die Herausforderung durch Anschläge von Selbstmordattentätern allgegenwärtig.

Gewiss, Ursachen und Bedingungen dieser Entwicklung sind von der Katastrophe des 11. September 2001 nicht unmittelbar verursacht. Der Angriff auf die westliche Zivilisation an jenem Tag ist nur ein Symbol tief liegender und weit greifender Gegensätze in der heutigen Weltgemeinschaft. Geschichtliche Erinnerung im weitesten Sinne bleibt eine wichtige Voraussetzung für das Verstehen kultureller Verschiedenheiten und divergierender Wertvorstellungen. Sie ist auch künftig notwendiger denn je. Im Zuge der wirtschaftlich dominierten Globalisierung gewinnt die Pflege des kulturellen Austauschs ein immer größeres Gewicht. Für die daraus erwachsenden Aufgaben in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in der Politik Bewusstsein zu schaffen und Unterstützung zu gewinnen, bleibt eine Daueraufgabe. Ihr weiß sich der Jubilar Joachim-Felix Leonhard auch in seinem jetzigen Regierungsamt in Hessen verpflichtet. Die guten Wünsche seiner Weggefährten begleiten ihn.

